

<b>Antragsnr.</b>	<b>Thema / Antragsteller / Beschluss</b>	<b>Seite</b>
<b>F</b>	<b>Europapolitik – EU-Verfassung</b>	
<b>F 001</b>	<b>Europapolitik</b> Gewerkschaftsrat <b>Angenommen</b>	<b>2</b>
<b>F 002</b>	<b>Ablehnung der vorgelegten EU-Verfassung</b> Landesbezirkskonferenz Hessen <b>Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001</b>	<b>5</b>
<b>F 003</b>	<b>Gegen den EU–Verfassungsentwurf – Nein zu dieser EU-Verfassung!</b> <b>oder auch: "Tot gestimmte" leben länger!</b> Bezirkskonferenz Rosenheim <b>Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001</b>	<b>5</b>
<b>F 004</b>	<b>Gegen den EU–Verfassungsentwurf – Nein zu dieser EU-Verfassung!</b> <b>oder auch: "Tot gestimmte" leben länger!</b> Bezirksfachbereichskonferenz 9 Rosenheim <b>Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001</b>	<b>5</b>
<b>F 005</b>	<b>EU-Verfassung</b> Landesbezirkskonferenz Rheinland-Pfalz <b>Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001</b>	<b>5</b>
<b>F 006</b>	<b>Gegen den EU–Verfassungsentwurf – Nein zu dieser EU-Verfassung!</b> <b>oder auch: Tot gestimmte leben länger!</b> Landesbezirkskonferenz Bayern <b>Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001</b>	<b>5</b>
<b>F 007</b>	<b>EU-Verfassungsentwurf</b> Bezirkskonferenz Frankfurt am Main und Region <b>Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001</b>	<b>5</b>
<b>F 008</b>	<b>EU-Verfassung</b> Landesbezirkskonferenz Saar <b>Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001</b>	<b>6</b>
<b>F 009</b>	<b>EU-Verfassung</b> Bundesfachbereichskonferenz 2 <b>Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001</b>	<b>6</b>
<b>F 010</b>	<b>Gegen den EU-Verfassungsentwurf</b> Bundesjugendkonferenz <b>Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001</b>	<b>6</b>

---

## Europapolitik

### Legitimationskrise der Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) befindet sich in der Krise. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sehen die EU-Integration als Bedrohung.

Offensichtlich wurde dies bei der Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder haben damit zum Ausdruck gebracht, dass sie ein anderes, ein soziales und ökologisches Europa wollen.

Lehren aus dieser Entwicklung wurden bislang jedoch nicht gezogen. Mehr denn je fokussieren sich die Institutionen der EU einseitig auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und auf das wirtschaftsliberale Credo aus

- Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt,
- Kapitalisierung der Systeme der sozialen Sicherheit,
- Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen,
- einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.

ver.di lehnt diese Ausrichtung aus ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Gründen ab. Die EU verwandelt sich hierdurch mehr und mehr in eine Zone radikaler Konkurrenz und wachsender Ungleichheit.

Auch wenn diese Politik weitgehend von einigen nationalen Regierungen vorangetrieben wird, wird dadurch der Gedanke der europäischen Einigung in der Bevölkerung zunehmend in Misskredit gebracht. ver.di stellt fest: Wer im Namen Europas soziale Unterschiede innerhalb der und Konkurrenz zwischen den Mitgliedstaaten fördert, diskreditiert die europäische Idee.

### Der Weg aus der Krise

ver.di bekennt sich zum europäischen Einigungsprozess, für ein soziales, ökologisches und freiheitliches Europa. Der Gedanke der Einigung Europas, geboren aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts, hat mit der Aufhebung des Eisernen Vorhangs eine neue Dynamik gewonnen. Er kann die Hoffnungen, die die Völker Europas damit verbinden, aber nur dann erfüllen, wenn er sich aus der derzeitigen "babylonischen Gefangenschaft" in wirtschaftsliberaler Politik befreit und die politische Perspektive für ein soziales, ökologisches und freiheitliches Europa vollständig zum Tragen kommt. Nur wenn es gelingt, die europäischen Wirtschaftsmärkte mit einheitlichen und wirksamen sozialen, ökologischen und demokratischen Leitplanken zu versehen, können die großen sozialen Unterschiede zwischen den und innerhalb der Einzelstaaten überwunden und einheitlich gute Lebensbedingungen für alle geschaffen werden. Und nur wenn aktiv und nachvollziehbar für die Menschen angestrebt wird, die Lebensbedingungen in allen EU-Staaten auf ein einheitlich hohes Niveau zu heben und soziale Ungleichheit abzubauen, kann auch das Ziel der "Lissabon-Strategie", Europa zur führenden globalen Ökonomie weiter zu entwickeln, erreicht werden.

Wir brauchen eine europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, die öffentliche Daseinsvorsorge und sichert und ausbaut, nachhaltiges Wirtschaften fördert und soziale Unterschiede aktiv überwindet. Wir brauchen eine europäische Verfassung, die diese ökonomischen und sozialen Ziele konkretisiert und als Grundlage eines freiheitlichen, sozialen und ökologischen Europa dienen kann.

### Mitverantwortung deutscher Politik

Für die derzeitige ökonomische und soziale Fehlentwicklung, die den gesamten Einigungsprozess weiter und zunehmend diskreditiert, trägt die deutsche Politik eine hohe Mitverantwortung. Als wirtschaftliches Schwergewicht in der EU prägen und prägen hier getroffene nationale Entscheidungen maßgeblich die europäische Entwicklung. Das reicht von direkter Einflussnahme, wie bei der Festlegung von engen Stabilitätskriterien im Rahmen des Maastrichter Vertrages, bis hin zu nationalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

### Wende in der europäischen Wirtschaftspolitik notwendig

Ein sich entwickelnder Binnenmarkt braucht einen zuverlässigen Rahmen und öffentliche Impulse für eine stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung, ökologische Nachhaltigkeit und weltweite Solidarität. Diese Herausforderung wurde aber von der EU bislang nicht angenommen. An die Stelle einer europäisch koordinierten, an nach-

haltigem Wachstum orientierten Wirtschaftspolitik tritt mehr und mehr ein Wettbewerb der Regeln. Im Kampf um die "günstigsten Standortbedingungen" drohen ein europaweiter "race to the bottom" und eine Fehlentwicklung der EU zu einem Verbund von konkurrierenden Wettbewerbsstaaten.

ver.di fordert, dass die makroökonomische Politik nicht länger in einem Rahmen selbst auferlegter monetärer und fiskalischer Beschränkungen verharren darf. Wir brauchen flexiblere Rahmenbedingungen für den europäischen Stabilitätspakt, damit die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten in Rezessionskrisen nicht stranguliert werden. Höhere öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, in Forschung und Entwicklung sowie in einen ökologischen Umbau müssen nicht nur auf der Ebene der Mitgliedstaaten, sondern auch auf EU-Ebene erfolgen.

ver.di fordert ein Europäisches Sozialmodell, das sich an folgenden Leitgedanken orientiert:

- Vollbeschäftigung mit guter Arbeit und guten Einkommen,
- leistungsfähige, auf dem Solidaritätsprinzip beruhende soziale Sicherungssysteme,
- ein verteilungspolitisch aktiver Staat,
- ein umfassendes Angebot an gemeinwohlorientierten Dienstleistungen und sozialer Infrastruktur,
- Teilhabe der abhängig Beschäftigten am Arbeitsprozess durch Ausbau von Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten.

ver.di fordert sowohl Sofortmaßnahmen als auch weit reichende institutionelle Reformen. Ihre Grundlage und ihr Kern sind die Verbesserung der demokratischen Teilhabe, der öffentlichen Diskussion und der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen der Gemeinschaft.

### **Sozialpolitik**

In der Sozialpolitik besteht die größte Gefahr einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale. Niedrige Sozial- und Umweltstandards können Wettbewerbsvorteile verschaffen. Hierdurch wird Druck auf die Ökonomien ausgelöst, die bislang vergleichsweise hohe Sozial- und Umweltstandards haben.

Auf Grund der völlig unterschiedlichen Wirtschaftskraft einzelner Länder kann die Festschreibung von allgemeingültigen Mindestvorschriften für soziale Leistungsstandards jedoch nicht die Lösung sein. Einzelne Länder würden massiv unter-, andere überfordert.

ver.di setzt sich deshalb für ein Korridor-Modell ein. Je nach Stand des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Kopf müssen die Sozialleistungsquoten sich in einem festgelegten Korridor bewegen. Je größer das BIP pro Kopf, desto höher die einzuhaltenden Sozialleistungsquoten. Damit wäre einerseits einem Sozialdumping ein Riegel vorgeschoben, andererseits würden schwächer entwickelte Volkswirtschaften ökonomisch nicht überfordert. Mit steigender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit müssten aber auch sie ihre sozialen Ausgaben steigern. Damit würde eine Dynamik entfacht, die sukzessive zu einer Angleichung von Sozialstandards auf hohem Niveau führt.

### **Finanzpolitik und Finanzmärkte**

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) schreibt allen Mitgliedstaaten verbindlich vor, "übermäßige öffentliche Defizite" von mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu vermeiden. Über den Konjunkturzyklus hinweg soll der öffentliche Gesamthaushalt mindestens ausgeglichen sein. Dadurch wird es nationalen Regierungen gerade im konjunkturellen Abschwung erheblich erschwert, durch eine antizyklische Fiskalpolitik Wachstumsimpulse zu setzen und so die steigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

ver.di fordert eine Ergänzung der vertraglichen Verpflichtung der EZB dahingehend, das Ziel der Währungsstabilität gleichrangig neben den Zielen der Förderung von Wachstum und Senkung der Arbeitslosigkeit zu verfolgen. Enge Verschuldungsgrenzen schränken die wirtschaftspolitischen Spielräume und die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten inakzeptabel ein.

Immer mehr wird eine nachhaltige Finanzpolitik durch Entwicklungen konterkariert, die von den Finanzmärkten ausgehen. Stand noch vor nicht allzu langer Zeit die Finanzierungsfunktion von Investitionen im Vordergrund, sind Finanzmärkte mehr und mehr zu einem Kasino für internationale Kapitalanleger geworden. In jüngster Zeit haben sich insbesondere Private Equity- und Hedge-Fonds darauf spezialisiert, hohe Renditen innerhalb kürzester Zeit zu realisieren – ohne Rücksicht auf die Substanz und das langfristige Überleben von Unternehmen.

ver.di fordert eine Reregulierung der Finanzmärkte. Vorschläge reichen von einer Verteuerung von Krediten für Hedge- und Private Equity-Fonds bis hin zur Einführung einer Devisenumsatzsteuer (Tobin-Steuer).

### **Steuerpolitik**

Die nationalen Steuersysteme und deren Fähigkeit, auf gerechte Weise Einnahmen zu erzielen und damit öffentliche Dienstleistungen zu finanzieren, werden vielfach unterlaufen. Ein Wettbewerb um niedrige Steuersätze und großzügige Subventionen ist weit verbreitet um Investitionen und Kapitalanleger anzulocken. Auch hier ist ein Wettlauf nach unten bereits in vollem Gang. ver.di fordert, dass die Steuerpolitik nicht zum Mittel im europäischen Verdrängungswettbewerb werden darf. Wir brauchen ein europäisches Unternehmenssteuermodell, das dem Steuerdumping ein Ende setzt. Dies kann durch Mindeststeuersätze erreicht werden.

### **Geldpolitik**

Die derzeitige Ausrichtung der europäischen Geldpolitik ist nicht in der Lage, eine Koordination und – falls erforderlich – einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den Zielen Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität zu fördern. Stattdessen gilt die Preisstabilität als das einzig relevante und alles überragende Ziel. Ihm werden alle weiteren Ziele – hohe Beschäftigungsquote, Verteilungsgerechtigkeit, Umweltschutz, soziale Wohlfahrt – untergeordnet.

ver.di fordert neue, demokratische Vorgaben für die Festlegung der Geldpolitik. Das Statut der Europäischen Zentralbank (EZB), ihre Unabhängigkeit und einseitige Verpflichtung auf die Preisstabilität, widerspricht dem Gesichtspunkt der demokratischen Teilhabe. Die EZB muss gleichrangig auf das Ziel einer hohen Beschäftigungsquote und eines nachhaltigen Wachstums verpflichtet werden. Dies setzt eine enge Zusammenarbeit sowie demokratische Diskussionen und Entscheidungsstrukturen und -prozesse zwischen der Politik und der EZB-Führung voraus.

### **Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik**

Mit dem 2004 vom damaligen EU-Binnenmarktkommissar Bolkestein vorgelegten Entwurf für eine EU-Dienstleistungsrichtlinie sollte - vor allem mit dem so genannten "Herkunftslandprinzip" - die Schaffung eines freien Binnenmarktes für Dienstleistungen bis 2010 vorangetrieben werden: Wer in einem anderen EU-Land Dienste anbietet, sollte sich nur an die Gesetze des eigenen Landes halten müssen. Ein radikaler Unterbietungs- und Dumpingwettbewerb wäre die Folge gewesen.

Die Debatte um die Dienstleistungsrichtlinie hat gezeigt, dass die Menschen eine europäische Integration ablehnen, die die Absenkung sozialer Standards zum Programm erhebt. Der breite öffentliche Protest hat Eindruck auf das EU-Parlament gemacht. Der Rat wurde aufgefordert, eine entschärfte Fassung zu erarbeiten und unter anderem Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ganz aus dem Anwendungsbereich herauszunehmen. Die letztendlich vom Parlament verabschiedete Fassung stellt jedoch einen Kompromiss dar, der weite Interpretationsspielräume lässt. Es besteht nach wie vor die Gefahr, dass die von der Bevölkerung und dem Parlament gewollten sozialen Einschränkungen der Unternehmensfreiheit durch die Kommission und Urteile des Europäischen Gerichtshofs unterlaufen werden.

ver.di fordert, dass Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Gesundheit, Bildung etc. vom Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie eindeutig ausgenommen werden. Unabdingbar ist eine Verpflichtung der Mitgliedsstaaten darauf, eine nationale Lohnuntergrenze sicherzustellen, die bei Vollzeitbeschäftigung ein Leben in Würde ermöglicht).

### **Für eine zukunfts offene europäische Verfassung**

ver.di kritisiert den bisher vorliegenden Entwurf einer europäischen Verfassung und setzt sich für einen neuen Verfassungsentwurf ein, der den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt wird. Eine überarbeitete Verfassung muss zukunfts offen sein und mindestens die Ziele und Standards der Sozialcharta aufgreifen.

Demokratische Teilhabe und die Kompetenzen des Parlaments müssen gestärkt werden. Die Verfassung muss sich zu Frieden, sozialer Sicherheit, Vollbeschäftigung, nachhaltiger Entwicklung und zu den Menschen, Bürger- und Arbeitnehmerinnen-/Arbeitnehmerrechten bekennen.

### **Europawahlen 2009**

2009 steht die nächste Europawahl an. Sie stellt die Bürgerinnen und Bürger vor eine Richtungsentscheidung. Welches Europa soll angestrebt werden: das des ungezügeltten Wettbewerbs der Märkte oder ein Europa, das auf starkem sozialen Fundament gebaut ist und von dem die abhängig Beschäftigten profitieren? Es gilt, mit dieser Wahl eine Trendwende einzuleiten und Weichen zu stellen, Europa nachhaltig sozial zu gestalten.

### **Angenommen**

*F 002 Landesbezirkskonferenz Hessen*

---

**Ablehnung der vorgelegten EU-Verfassung**

ver.di lehnt die vorgelegte EU-Verfassung ab.

**Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001**

*F 003 Bezirkskonferenz Rosenheim*

---

**Gegen den EU-Verfassungsentwurf – Nein zu dieser EU-Verfassung! oder auch: "Tot gestimmte" leben länger!**

ver.di setzt sich ein, dass dem jetzigen EU-Verfassungsentwurf nicht zugestimmt wird.

**Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001**

*F 004 Bezirksfachbereichskonferenz 9 Rosenheim*

---

**Gegen den EU-Verfassungsentwurf – Nein zu dieser EU-Verfassung! oder auch: "Tot gestimmte" leben länger!**

ver.di setzt sich dafür ein, dass dem jetzigen EU-Verfassungsentwurf nicht zugestimmt wird.

**Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001**

*F 005 Landesbezirkskonferenz Rheinland-Pfalz*

---

**EU-Verfassung**

ver.di wird aufgefordert, sich bei der angestrebten EU-Verfassung dafür einzusetzen, dass der Souverän, das Volk und nicht die Wirtschaft, im Mittelpunkt steht.

**Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001**

*F 006 Landesbezirkskonferenz Bayern*

---

**Gegen den EU-Verfassungsentwurf – Nein zu dieser EU-Verfassung! oder auch: Tot gestimmte leben länger!**

ver.di spricht sich gegen den derzeitigen EU-Verfassungsentwurf aus und setzt sich dafür ein, dass dem jetzigen Entwurf nicht zugestimmt wird. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, im Interesse der Mitglieder Einfluss auf die Ausgestaltung der EU-Verfassung zu nehmen und durchzusetzen, dass über die EU-Verfassung auch in der Bundesrepublik Deutschland durch eine Volksabstimmung entschieden wird.

**Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001**

*F 007 Bezirkskonferenz Frankfurt am Main und Region*

---

**EU-Verfassungsentwurf**

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, seinen politischen Einfluss zu nutzen, den EU-Verfassungsentwurf in der gegenwärtigen Fassung mit ihrem Vorrang für die "offene Marktwirtschaft bei freiem Wettbewerb" zu verhindern.

**Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001**

**F 008 Landesbezirkskonferenz Saar**

---

**EU-Verfassung**

ver.di wird aufgefordert, sich bei der angestrebten EU-Verfassung dafür einzusetzen, dass der Souverän, das Volk und nicht die Wirtschaft im Mittelpunkt steht.

**Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001**

**F 009 Bundesfachbereichskonferenz 2**

---

**EU-Verfassung**

ver.di wird aufgefordert, sich bei der angestrebten EU-Verfassung dafür einzusetzen, dass der Souverän, das Volk und nicht die Wirtschaft im Mittelpunkt steht.

**Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001**

**F 010 Bundesjugendkonferenz**

---

**Gegen den EU-Verfassungsentwurf**

ver.di spricht sich gegen den derzeitigen EU-Verfassungsentwurf aus! Der Bundesvorstand wird aufgefordert, im Interesse der Mitglieder Einfluss auf die Ausgestaltung der EU-Verfassung zu nehmen und durchzusetzen, dass über die EU-Verfassung auch in der Bundesrepublik Deutschland durch eine Volksabstimmung entschieden wird.

Wir lehnen einen EU-Verfassungsvertrag ab,

- der die von ökonomischen Interessen geleitete Militarisierung der Europäischen Union, bis hin zur globalen Kriegsführungsfähigkeit vorantreibt;
- in der Neoliberalismus Verfassungsrang erhält und die Europäische Union (EU) auf den "Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" verpflichtet. Soziale Belange und Beschäftigungspolitik werden der Wettbewerbspolitik untergeordnet. Die Finanzmittel für die Um- und Aufrüstung der EU-Armeen sowie für neue Kriege werden auch durch den Abbau von Sozialsystemen in den EU-Mitgliedstaaten erkaufte;
- indem eine antisoziale Ordnung in der EU festgeschrieben wird, indem die sozialen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der EU-Grundrechtecharta durch beigefügte Erläuterungen noch weiter ausgehöhlt und ihrer Wirksamkeit beraubt werden;
- indem imperiale Machtpolitik nach außen und innen festgeschrieben wird, bei Abstimmungen im Europäischen Rat und im Ministerrat gibt es ein Übergewicht der großen Länder vor allem Deutschlands.

**Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 001**

<b>Antragsnr.</b>	<b>Thema / Antragsteller / Beschluss</b>	<b>Seite</b>
<b>F</b>	<b>Internationale Gewerkschaftszusammenarbeit</b>	
<b>F 013</b>	<b>Gewerkschaftsstrukturen</b> Landesbezirkskonferenz Bayern <b>Angenommen</b>	<b>8</b>
<b>F 014</b>	<b>Internationale Arbeit von ver.di</b> Landesbezirkskonferenz Hessen <b>Angenommen</b>	<b>8</b>
<b>F 015</b>	<b>Internationale Arbeit von ver.di</b> Bundesjugendkonferenz <b>Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 014</b>	<b>8</b>
<b>F 016</b>	<b>Durchsetzungskraft globalisieren</b> Landesbezirkskonferenz MDR <b>Angenommen</b>	<b>8</b>
<b>F 017</b>	<b>Grenzüberschreitende gewerkschaftliche Zusammenarbeit</b> Bezirksvorstand Ostsachsen <b>Angenommen</b>	<b>9</b>

---

**F 013 Landesbezirkskonferenz Bayern**

---

**Gewerkschaftsstrukturen**

Wir fordern die ver.di-Vertreterinnen und -Vertreter in den internationalen Organisationen auf, die Arbeit und die Durchsetzungsfähigkeit dieser Organisationen zu steigern.

**Angenommen**

**F 014 Landesbezirkskonferenz Hessen**

---

**Internationale Arbeit von ver.di**

Der Bundesvorstand führt spätestens im Jahr 2008 eine Konferenz zur internationalen Arbeit von ver.di durch.

Zu dieser Konferenz sind Kolleginnen und Kollegen einzuladen, welche über Erfahrungen in der internationalen Arbeit verfügen und Kolleginnen und Kollegen, welche in ihrer Organisationseinheit mit internationaler Arbeit beginnen wollen.

Die Konferenz dient zum Erfahrungsaustausch, zur Koordinierung schon vorhandener und zur Verabredung über weitere internationale Aktivitäten von ver.di.

**Angenommen**

**F 015 Bundesjugendkonferenz**

---

**Internationale Arbeit von ver.di**

ver.di führt spätestens im Jahr 2008 eine Konferenz zur internationalen Arbeit durch.

Zu dieser Konferenz sind Kolleginnen und Kollegen einzuladen, welche über Erfahrungen in der internationalen Arbeit verfügen und Kolleginnen und Kollegen, welche in ihrer Organisationseinheit mit internationaler Arbeit beginnen wollen.

Die Konferenz dient dem Erfahrungsaustausch, zur Koordinierung schon vorhandener und zur Verabredung über weitere internationale Aktivitäten von ver.di.

Es muss über die Vorreiterrolle von ver.di in der internationalen Gewerkschaftsarbeit diskutiert und Umsetzungsstrategien entwickelt werden. Daraus ergibt sich auch die Rolle und Aufgabe der ver.di Jugend in der internationalen Arbeit.

**Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F 014**

**F 016 Landesbezirkskonferenz MDR**

---

**Durchsetzungskraft globalisieren**

Durch verstärkten länderübergreifenden Erfahrungsaustausch und Bildungsveranstaltungen, durch zielgerichtete länderübergreifende Kommunikation und Koordination sind gerade im Hinblick auf EU-Verfassung, EU-Dienstleistungsrichtlinie und die Aufstellung vieler Unternehmen mittlerweile europa-, aber auch weltweit neue Formen der Zusammenarbeit und Koordination zu forcieren, um die nationale, aber auch internationale gewerkschaftliche Durchsetzungskraft zu erhöhen.

Dazu ist/sind:

1. fachbereichsintern, aber fachbereichsübergreifend verstärkt zu koordinieren und sich auszutauschen;



2. Bildungsveranstaltungen und Erfahrungsaustausche einerseits in den Fachbereichen, andererseits aber auch fachbereichsübergreifend mit benachbarten Ländern zu führen;
3. klare Verantwortlichkeiten, Ziele und Kommunikations- und Koordinationsformen festzulegen.

**Angenommen**

**Grenzüberschreitende gewerkschaftliche Zusammenarbeit**

Um den europäischen Einigungsprozess auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erlebbar zu machen, müssen verstärkt Aktivitäten der grenzüberschreitenden betrieblichen und gewerkschaftlichen Zusammenarbeit regional und lokal gefördert werden.

Europa muss für die Menschen mehr Lebensqualität bringen und den Beschäftigten attraktive und sozialverträgliche Arbeitsplätze bieten. Die Transparenz und der Erfahrungsaustausch zu Ansätzen von Dienstleistungspolitik auf dezentraler Ebene muss erhöht werden.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, entsprechende regionale Projekte mit Finanz- und Personalressourcen zu unterstützen.

**Angenommen**

**F**      **Sektorale Aspekte**

---

<b>F 018</b>	<b>Internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit im Gesundheits- und Sozialwesen</b>	<b>11</b>
	Landesbezirksfachbereichskonferenz 3 Hessen	
	<b>Angenommen</b>	

---

*F 018 Landesbezirksfachbereichskonferenz 3 Hessen*

---

**Internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit im Gesundheits- und Sozialwesen**

Die Strukturen für die internationale Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften im Gesundheits- und Sozialwesen sind zu verbessern. Ziel muss eine abgestimmte gewerkschaftliche Positionierung zu den Fragen der Gesundheits- und Sozialpolitik sowie der Tarifpolitik sein.

ver.di fördert diesbezüglich den intensiven Austausch der europäischen Gewerkschaften.

**Angenommen**

<b>Antragsnr.</b>	<b>Thema / Antragsteller / Beschluss</b>	<b>Seite</b>
<b>F</b>	<b>Länderspezifische Aspekte</b>	
<b>F 019</b>	<b>Internationale Solidaritätsarbeit mit kubanischen Gewerkschaften</b> Landesbezirkskonferenz Bayern <b>Angenommen</b>	<b>13</b>
<b>F 022</b>	<b>Internationale Solidaritätsarbeit mit kubanischen Gewerkschaften</b> Landesbezirkskonferenz Saar <b>Angenommen</b>	<b>13</b>
<b>F 023</b>	<b>Internationale Solidaritätsarbeit mit kubanischen Gewerkschaften</b> Bundesjugendkonferenz <b>Angenommen</b>	<b>13</b>
<b>F 024</b>	<b>Solidarität mit den "Cinco Heroes"</b> Landesbezirkskonferenz Saar <b>Angenommen</b>	<b>13</b>

---

*F 019 Landesbezirkskonferenz Bayern*

---

**Internationale Solidaritätsarbeit mit kubanischen Gewerkschaften**

ver.di lehnt die Blockade gegenüber Kuba ab und setzt sich für das Ende der Blockade ein.

Wir erklären uns solidarisch mit den kubanischen Gewerkschaften und dem kubanischen Gewerkschaftsbund CTC.

Im Rahmen der internationalen Solidaritäts- und Gewerkschaftsarbeit strebt ver.di und die ver.di-Jugend gewerkschaftliche Beziehungen mit den kubanischen Gewerkschaften zum gegenseitigen Austausch und zur Unterstützung an.

**Angenommen**

*F 022 Landesbezirkskonferenz Saar*

---

**Internationale Solidaritätsarbeit mit kubanischen Gewerkschaften**

ver.di lehnt die Blockade der USA gegenüber Kuba ab und setzt sich für das Ende der Blockade ein. ver.di und die ver.di-Jugend erklären sich solidarisch mit den kubanischen Gewerkschaften und dem kubanischen Gewerkschaftsbund CTC. Im Rahmen der internationalen Solidaritäts- und Gewerkschaftsarbeit strebt ver.di und die ver.di-Jugend gewerkschaftliche Beziehungen mit den kubanischen Gewerkschaften zum gegenseitigen Austausch und zur Unterstützung an.

**Angenommen**

*F 023 Bundesjugendkonferenz*

---

**Internationale Solidaritätsarbeit mit kubanischen Gewerkschaften**

ver.di lehnt die Blockade gegenüber Kuba ab und setzt sich für das Ende der Blockade ein.

Wir erklären uns solidarisch mit den kubanischen Gewerkschaften und dem kubanischen Gewerkschaftsbund CTC.

Im Rahmen der internationalen Solidaritäts- und Gewerkschaftsarbeit strebt ver.di und die ver.di-Jugend gewerkschaftliche Beziehungen mit den kubanischen Gewerkschaften zum gegenseitigen Austausch und zur Unterstützung an.

**Angenommen**

*F 024 Landesbezirkskonferenz Saar*

---

**Solidarität mit den "Cinco Heroes"**

ver.di erklärt sich solidarisch mit den fünf in den USA inhaftierten Kubanern Gerardo Hernández Nordelo, René González Sehwerert, Ramón Labañino Salazar, Antonio Guerrero Rodríguez und Fernando González Llort (bekannt als "5 Heroes" bzw. "Cuban 5").

ver.di fordert die Neuaufnahme der Verfahren vor einem unabhängigen und unbefangenen Gericht zu fairen Bedingungen.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, diese Forderung der Botschaft der USA zu übermitteln und auf eine Neuaufnahme des Verfahrens zu dringen. Darüber hinaus wird im Rahmen der ver.di-Publikationen über den Fall der "5 Heroes" berichtet.

**Angenommen**

**Antragsnr. Thema / Antragsteller / Beschluss** **Seite**

---

**F Coca Cola**

---

**F 030 Verfolgung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern** **15**  
Bundesjugendkonferenz  
**Angenommen**

---

*F 030 Bundesjugendkonferenz*

---

**Verfolgung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern**

ver.di verurteilt die Verfolgung, Entführung, Misshandlung und Ermordung von GewerkschafterInnen in aller Welt, so zum Beispiel durch die kolumbianische Coca-Cola-Tochter "Panamco".

Alle ver.di-Gliederungen werden aufgefordert, diese menschenverachtende Vorgehensweise öffentlich zu machen, um auch die Bevölkerung für dieses Thema zu sensibilisieren.

**Angenommen**

<b>Antragsnr.</b>	<b>Thema / Antragsteller / Beschluss</b>	<b>Seite</b>
<b>F</b>	<b>Europäische Gewerkschaftsstrukturen</b>	
<b>F 033</b>	<b>Europäische Gewerkschaftsstrukturen</b> Bundesfachbereichskonferenz 2 <b>Angenommen</b>	<b>17</b>
<b>F 034</b>	<b>Mobilisierung für die Proteste zu den G-8-Gipfeln</b> Bundesjugendkonferenz <b>Angenommen</b>	<b>17</b>
<b>I 012</b>	<b>Gegen die Festnahme türkischer Gewerkschafter</b> Kollege Jürgen Senge <b>Angenommen</b>	<b>17</b>

---



**F 033 Bundesfachbereichskonferenz 2**

---

**Europäische Gewerkschaftsstrukturen**

ver.di wird aufgefordert, in den europäischen Gewerkschaftsorganisationen dafür zu sorgen, dass Jugendstrukturen gebildet werden.

**Angenommen**

**F 034 Bundesjugendkonferenz**

---

**Mobilisierung für die Proteste zu den G-8-Gipfeln**

ver.di soll die Proteste zu den G-8-Gipfeln unterstützen und mobilisieren, solange sich die Politik der G-8-Staaten nicht ändert. Die bis dato vollzogene und zukünftig zu erwartende Politik ist aus gewerkschaftlicher Sicht nicht tragbar.

**Angenommen**

**I 012 Kollege Jürgen Senge**

---

**Gegen die Festnahme türkischer Gewerkschafter**

Der Gewerkschaftsrat und der Bundesvorstand protestieren beim Ministerpräsidenten und dem Arbeitsminister der Türkei gegen die Angriffe und Festnahmen von Gewerkschaftsfunktionären und Mitgliedern der türkischen Transportarbeitergewerkschaft TÜMTIS in Izmir.

**Angenommen**